

Volkswacht

für Schlesien
Verlagsort Breslau

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlags- und Anstalts-Verwaltung: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Rote: Postfach-Amt Breslau Nr. 5552.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Buchstraße 4/6, durch die Subskription der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. 2/3, durch die Zweigstellen, Abgabestellen: Rathhausstraße 14/1, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. Wöchentlich 37.— M., monatlich 100.— M., vierteljährlich 290.— M., halbjährlich 580.— M., jährlich 1160.— M. (Zurück die Post vierstellig 450.— M., freiliegend 1.— M.)

Die Aktionäre hoffen wieder.

Zeitungs- und Papierwucher.

Während die unabhängige Presse aller Richtungen bitterste Not leidet und die Preise für Zeitungspapier unaufhaltsam nach oben gehen, machen die Aktionäre der Zellstoff- und Papierfabriken ein glänzendes Geschäft. Hier sind ganz gewaltige Kurssteigerungen der Aktien im Gange, und die Kursnotiz ist so groß, daß sie auf der Börse nicht einmal voll befreit werden konnte. Folgende Gegenüberstellung einiger in Berlin notierter Papiere zeigt das ganz deutlich:

	27. 11.	30. 10.
Kammereckes Papier	6 500	5 700
Mühlbacher Zellstoff	12 100	8 000
Feldmühle	6 500	6 500
Papierfabrik Reichshof	2 500	1 800
Magdeburger Papierfabrik	4 200 rep.	3 000
Zellstoffverein	4 000 rep.	3 025
Zellstoff-Waldhof	12 000	8 900

Offenbar erwartet man in den Kreisen der beteiligten Aktionäre und Geschäftsräte, daß nach dem nächsten schweren industriellen Krisenwirtschaftsminister einseitig die Einwirkung der Behörden auf die Papierpreise nachlassen wird. Man rechnet damit, daß für diesen Herbst eine neue große Konjunktur herbeizubringen wird. Umsonst ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Reichsregierung eines demokratischen Staates die Pflicht hat, die unabhängigen Zeitungen vor dem Untergang zu schützen und sie nicht der Willkür des Zellstoff- und Papiermonopols preiszugeben. Die Arbeiterschaft selbst kann ihrerseits dazu beitragen, die Vorherrschafft der vom Privatkapital gestützten Presse zu verhindern, indem sie trotz der erheblichen, aber infolge der Materialsteigerung unvermeidlichen Bezugspreiserhöhungen unter allen Umständen an ihrer Arbeiterpresse festhält und für ihre Zeitungen wirbt.

Die Portoerhöhungen des neuen Reichspostministers.

Der Reichsbetriebsrat der Reichspostverwaltung beriet die neuen Portosätze über die Post, Postfach, Telegramm- und Fernsprechkarten. Danach würden ab 15. Dezember u. a. folgende Sätze gelten: Postkarten im Ortsverkehr 6 Mark, im Fernverkehr 15 Mark; Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 10 Mark, bis 100 Gramm 15 Mark, bis 250 Gramm 25 Mark, im Fernverkehr bis 20 Gramm 25 Mark, bis 100 Gramm 35 Mark, bis 250 Gramm 45 Mark; Druckfachen nach Gewicht bis 1 Kilo 6 Mark bis zu 45 Mark; Geschäftspapiere, Warenproben und Verschreibungen nach Gewicht von 25 Mark bis zu 45 Mark; Pakete nach Gewicht, bis zu 20 Kilo, in der Kategorie 125 Mark bis zu 850 Mark, in der Kategorie 250 Mark bis zu 1700 Mark; Postanweisungen bis zum Wert von 20 000 Mark von 12 Mark anhebend bis 80 Mark; Postfachgebühren für Vereinzahlungen mit Zahlfarte bis 20 000 Mark von 62 Mark bis zu 40 Mark, für jede weiteren angefangenen 10 000 Mark 20 Mark mehr. Der Reichsbetriebsrat erklärte sich damit einverstanden, diese Sätze ab 15. Januar weiter zu erhöhen, dagegen sprach er sich gegen die neuen Fernspreckgebühren aus und erklärte sich nur damit einverstanden, daß ab 1. Januar die Grund- und Gesprächsgebühren an Stelle des bisherigen Zuschlages mit einem solchen von 2000 Prozent berechnet werden. Für das gewöhnliche Telegramm auf allen Entfernungen wird erhoben eine Grundgebühr von 40 Mark und eine Wortgebühr von 20 Mark, bei Orts- und Fernsprektelegrammen die Hälfte. Die Auslandgebühren sollen betragen: Briefe bis 20 Gramm 80 Mark, für jede weiteren 20 Gramm 40 Mark; Postkarten 50 Mark; Druckfachen für je 50 Gramm 15 Mark. Die Gebührenvorlage geht nunmehr dem Reichsrat und dem Reichstagsausschuß zu.

Enthaltungen bei der letzten Reichstags-Abstimmung.

In einigen gegnerischen Zeitungen wird behauptet, daß bei der letzten Reichstagsabstimmung über die Zustimmung der neuen Regierung zur letzten Reparationsnote sich ein größerer Teil der Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion entgegen dem Fraktionsbeschlusse der Abstimmung enthalten habe. Der richtige Kern dieser ungeschicklich auf Spaltung hinausgehenden Tendenzmeldungen besteht darin, daß einige wenige Abgeordnete der früheren U. S. P. — nach dem sozialdemokratischen Parlamentsbeschlusse im ganzen noch nicht 10 — vor der Abstimmung den Saal verließen, was ihr gutes Recht ist. Die Haltung der Fraktion, mit der diese einzelnen Parteigenossen um Kurt Rosenfeld offenbar in dieser Abstimmung persönlich nicht einverstanden waren, ist bekanntlich gerade durch den größeren Teil der ehemaligen KSP-Fraktion maßgebend in der Festlegung gegen die große Koalition beeinflusst worden. Der von den Gegnern gern gesuchte Gegensatz zwischen den früheren Unabhängigen und Mehrheitssozialisten ist also nicht vorhanden. In der Diskussion der Parteipresse haben sich ebenfalls gerade frühere Mehrheitssozialisten in den Parteiblätern, zum Beispiel von Chemnitz und Frankfurt, mit besonders heftigen Worten ein für allemal gegen die Koalition mit einer weiteren bürgerlichen Partei festgelegt, während für die große Koalition neben unseren Parteiblätern in Köln und München zum Beispiel auch das Bremer Parteiblatt eintritt, in dessen Redaktion auch die frühere unabhängige Partei-Redaktion der Stadt mit vertreten ist.

Uebertritte zur Sozialdemokratie.

Die beiden kommunistischen württembergischen Landtagsabgeordneten Kraußel und Baier sind aus der KPD ausgetreten und haben sich unserer Partei angeschlossen.

Was Poincaré in London erreichen will.

Das „Entweder — Oder“ der „Temps“.

Poincaré, der erst vor wenigen Tagen in Lausanne weilte, wo er mit Mussolini und Lord Curzon verhandelte, padt bereits wieder die Köpfe, um nach London zu reisen, wo er mit Mussolini und Bonar Law eine Aussprache über die Lösung des Reparationsproblems herbeiführen will. Der belgische Ministerpräsident hat bisher eine Beteiligung an dieser Konferenz abgelehnt, da er die französisch-belgischen Beziehungen für überfällig hält. Die Reise Poincarés ist vorgezogen, nachdem der englische Ministerpräsident eine entsprechende Bitte Poincarés, doch in aller Kürze zu einer Besprechung in Paris zu erscheinen, mit der Begründung abgelehnt hatte, daß er England vor Mitte Dezember nicht verlassen könne, sich aber freuen würde, wenn Poincaré in London einträte.

Der „Temps“ schreibt zu dieser neuen Reise u. a.: „Jeder Mensch müsse einsehen, daß Frankreich vor einer entsetzlichen Bedrohung stehe; entweder müsse es durch Kreditoperationen bezahlt werden oder die Möglichkeit erhalte, die deutschen Wobenschätze des linken Rheinufers für sich auszunutzen, unter der Voraussetzung, daß die Bevölkerung dieser Gegend mit den nötigen Kohlen versorgt werde.“

Das Pariser Blatt sucht dann weiter die deutsche Arbeiterschaft am Rhein zu locken, indem es schreibt: „Unter den jetzigen Verhältnissen leiden die deutschen Arbeiter ebenso wie die englischen. Der Profit haben nur einige deutsche Großindustrielle. Wenn Frankreichs Plan zur Ausführung kommt, würde entweder durch eine Anleihe Deutschland von den nächsten Zahlungen befreit werden, oder durch eine rationelle Ausnutzung der Wobenschätze des linken Rheinufers würde nicht nur die französische, sondern auch die rheinische Bevölkerung auf ihre Rechnung kommen. Man würde sehen, wie schnell die wirtschaftliche und finanzielle Lage eines deutschen Volkes sich bessern kann, wenn die bevorzugte Klasse gezwungen wird, sich der Allgemeinheit zu unterwerfen.“

Diese schönen Worte werden die deutschen Arbeiter am Rhein — das haben sie bewiesen — nicht locken, ihr Deutschtum zu verkaufen.

Neue Mehrheitsbildung in den Vereinigten Staaten?

Die letzten Wahlen in den Vereinigten Staaten haben bekanntlich eine starke Verschiebung nach links ergeben, die sich vor allem gegen die staatliche Brämien-gewährung der jetzigen „republikanischen“ Regierung Harding-Hughes für einzelne Erwerbszweige wie die Schifffahrt aus allgemeinen Staatsmitteln richtete, aber auch auf Unzufriedenheit mit Hardings auf der Washingtoner Abrüstungskonferenz glänzend bezeugt, dann aber stehengebliebener Außenpolitik zu beruhen scheint. Die Republikaner haben im Senat zwar noch eine Mehrheit. Aber außer ihrer weiter „links“ stehenden Gegenpartei, der nach ihres Repräsentanten Wilsons Verschwinden wieder beliebter Demokratischen Partei hat vor allem innerhalb der Republikaner sowohl wie auch innerhalb der Demokraten der sozialpolitisch reformfreundliche Flügel an Stärke gewonnen. Dazu kommt eine „Arbeiter- und Bauerngruppe“, die den Sozialisten nahesteht. Einige Bestimmungen haben inzwischen diese linksstehenden Elemente unter Führung des Republikaners La Follette, der demokratischen Gouverneure Hunt (Arizona) und Sweet (Colorado) u. a. ohne Unterschied der Partei bereits zusammengeführt und ihnen sogar zu Mehrheiten verholfen. Optimisten, die in der New Yorker „Nation“ zu Worte kommen, erhoffen von dieser Strömung sogar die Gründung einer neuen großen Gesamtpartei der Linken, in der frühere Versuche zu einem Zusammenschluß von Arbeitern und Bauern gegen das Großkapital in Handel und Industrie erfolgreich wieder aufleben würden. In der Arbeiterzeitung, deren sozialistische Organisationen gespalten und schwach sind, bestehen Sympathien dafür. Ob es aber zu dieser Entwicklung, die bei der Klassenlage der amerikanischen Arbeiterschaft und der Landbesitzer in den westlichen Staaten nicht ausgeschlossen ist, wirklich kommt, bleibt angeht der Bedeutung des Großkapitals gerade für die amerikanischen Parteiorganisationen mit ihrem großen Spelenaufwand noch abzuwarten.

Volle Sühne für ein Verlagsverbrechen.

Das französische Kriegsgesicht Wiesbaden verurteilte die beiden marxistischen Schützen, die im Oktober eine Wirtshaus in Sossenheim, wo ihnen nach 11 Uhr abends Bier verweigert worden war, nahezu eine Stunde beschossen und dabei einen Fehler tödlich verfehlten hatten, zum Tode.

Ein Dollar (vorbörslich) 8250 Mark.

Kommunistische Sabotage.

Uns wird geschrieben:

Als vor wenigen Wochen das Kabinett Wirth gesürzt wurde, schrien die Kommunisten wieder nach der Bildung einer Arbeiterregierung. „Bildung einer Arbeiterregierung“ war noch immer das Allheilmittel der Kommunistischen Partei bei irgend einer Regierungskrise im Reich oder in den Ländern, ohne daß sie sich selbst klar darüber war, wie diese Regierung gebildet werden sollte und ob sie überhaupt jemals regierungsfähig werden konnte. Heute weiß man, warum sich die Kommunisten über die Art und Möglichkeit der Bildung einer Arbeiterregierung nie Kopfschmerzen gemacht haben. In Sachen, wo die Kommunisten Gelegenheit hatten, eine Arbeiterregierung zu bilden, haben sie erneut bewiesen, daß sie lieber die Interessen der Arbeiterschaft aufs Spiel setzen, ehe sie sich dazu bereit erklären, Verantwortung zu tragen und das wahre zu machen, was sie bisher aus Verlegenheit gefordert haben.

Bekanntlich ergab der von den sächsischen bürgerlichen Parteien herbeigeführte und mit großem Kostenaufwand durchgeführte Volksentscheid keine Veränderung in dem Stärkerhältnis der Landtagsfraktionen, sodaß nach wie vor die Sozialdemokraten mit den Kommunisten im Landtag eine regierungsfähige Mehrheit bilden. Unsere Genossen in Sachsen waren jederzeit bereit, von den dieser Mehrheit zustehenden verfassungsmäßigen Rechten Gebrauch zu machen, ja, sie erklärten sich einverstanden, mit den Kommunisten gemeinsam die Regierungsgeschäfte zu führen, eine Arbeiterregierung zu bilden. Zu diesem Zweck fanden nach vorausgegangenem Briefwechsel zwischen unserer sächsischen Landesorganisation und der kommunistischen Parteileitung Sachsens am Dienstag mündliche Verhandlungen in Dresden statt, zu deren Beginn unsere Genossen folgende Richtlinien, die als Grundlage eines Regierungsprogramms dienen sollten, vorlegten:

1. Schutz der Republik mit allen gesetzlichen Mitteln. Schaffung eines Gesetzes über die Rechte und Pflichten der Beamten und Sicherung der staatsbürgerlichen Freiheit der Beamten. Ausbau der Polizei zu einem zuverlässigen Organ zum Schutze der republikanischen Verfassung.
2. Beschleunigte Neugestaltung der Gemeindebehörden auf der Grundlage freier Selbstverwaltung und Reform der staatlichen Verwaltung.
3. Erlass eines Amnestiegesetzes für politische Delikte und aus Not begangene Vergehen.
4. Ausbau und Erweiterung der Rechte des arbeitenden Volkes zur Schaffung von Arbeiterkammern. Heranziehung von organisierten Arbeitnehmern zur Handels- und Gewerbeaufsicht, Berginspektionen- und Baukontrolle. Schutz des Nichtuntertages. Maßnahmen zur Regelung des Heimarbeiterwesens. Schutz der Arbeitskraft. Entschieden einwirkend auf die Reichsregierung zum Ausbau der Erwerbslosen- und der Sozialfürsorge. Ausbau der gesamten Wohlfahrtspflege.
5. Energetische Einwirkung auf die Steuerpolitik des Reiches zur Entlastung der arbeitenden Bevölkerung durch Ausbau der Vermögens- und Bekleidungs- und Heranziehung der Sachwerte.
6. Entschieden einwirkend auf das Reich in der Richtung der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und des Warenaustausches.
7. Förderung des Wohnungsbaues auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage.
8. Bekämpfung des Wuchers. Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung.
9. Einwirkung auf das Reich zur beschleunigten Schaffung des in der Reichsverfassung vorgesehenen Ausführungsgesetzes zur Trennung von Kirche und Staat.
10. Reform des gesamten Schulwesens nach einheitlichen Regeln.

Diese Richtlinien unserer sächsischen Genossen, die sich streng an die Reichs- und Landesverfassung halten, zeigen, daß die Sozialdemokratie bereit war, alles zu tun, was im Interesse der Arbeiterschaft und im Interesse des Landes notwendig erschien. Trotzdem haben sich die Kommunisten auf eine sachliche Diskussion über diese Punkte nicht eingelassen und ihre Forderung auf das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei der Gesetzgebung in verhüllter Form immer wieder in die Debatte geworfen. Sie verlangten von unseren Genossen u. a., daß auch die Forderungen, die an das Reich gerichtet werden, durch den Appell an die Arbeiterschaft gegen das Reich durchgesetzt werden sollen, unbekümmert um die Konsequenzen, die daraus entstehen könnten. Diese Forderungen, die für unsere Genossen nun vorherein undenkbar sein mußten, da sie einen Bruch der Reichsverfassung bedeuten, beweisen ganz klar, daß die Kommunisten gar nicht die Absicht hatten, sich ernsthaft auch nur an einer Arbeiterregierung zu beteiligen. Sie wollten die Forderung auf Beteiligung der Betriebsräte an der

Geheißung auf, trotzdem sie wissen, daß die Aufgaben der Reichsräte reichsgesetzlich festgelegt sind, trotzdem, wie aus den obigen Forderungen hervorgeht, unsere sachlichen Genossen bereit waren, den Artikel 165 der Reichsverfassung, der die Schaffung einer besonderen Wirtschaftsverwaltung der Arbeitnehmer zur Lösung wirtschaftsorganisatorischer Fragen vorzieht, noll und ganz auszunehmen. Wo sollte es schließlich hingeführt werden, wenn sich jedes einzelne Land erlauben würde, gegen das Reich zu regieren, und wozu brauchten wir da schließlich eine Reichsverfassung?

Der ergebnislose Verlauf der Dresdener Verhandlungen fällt damit ausschließlich auf das Konto der Kommunisten. Sie haben die Arbeiterregierung gefordert, die Sozialdemokratie war bereit, sie zu bilden — aber trotzdem hat die kommunistische Partei alles getan, um die Bildung einer Arbeiterregierung unendlich zu verzögern. Nicht um Ruhe und Ordnung, nicht um das Wohl der Arbeiterschaft ist es ihnen zu tun, sondern um ein großes Durcheinander, zu dem die Sozialdemokratie innerhalb der Regierung Vorwand liefern sollte und von dem man schließlich die Verwirklichung russischer Zustände in Deutschland erwartet. So heißt die Liebe der Kommunisten zur Arbeiterregierung aus!

Der Landtag

Beisitzende sich am Mittwoch, nachdem auf Antrag des Genossen Müller-Hannover der Gesetzentwurf über Änderung des Beamtenstellenbesetzungsgesetzes verabschiedet und damit die Möglichkeit geschaffen war, den Beamten die erhöhten Bezüge schon zum 1. Dezember auszuführen, in seiner ganzen Sitzung lediglich mit der großen Anfrage der Deutschnationalen über die Einwanderung der Ostjuden.

Der Abg. Kähler begründet die deutschnationale Anfrage. Er meinte, die Abwanderung der Ostjuden habe nichts mit antikommunistischer Hege zu tun! Er berief sich auf August Müller.

Innenminister Genosse Esserich wies darauf hin, daß die Staatsregierung sich nicht von künstlich geschaffenen Stimmungen leiten lassen dürfe. Nicht nur die Jüde aus dem Osten, sondern auch die D-Züge aus dem Westen brächten Schieber ins Land, und unter diesen Schiebern seien wahnsinnige Arier. Die Regierung sei verpflichtet, sich auf einen rein sachlichen Boden zu stellen. Die geplante große Judenaußenweisung aus Ungarn sei eine Frage, die den Völkernband angehe. Bezüglich der preußischen Grenzüberwachung sei nichts veranlaßt worden. Freilich sei Preußen aus finanziellen Gründen und durch die Gültigkeit geworbenen, die Postinspektoren möglichst niedrig zu halten. Ein förmliches Vergehen gegen die Ausländer sei unzumutbar. Deutschland brauche die Ausländer zum Ausland, könne also nicht demagogisch rigoros vorgehen. Wenn man die polnischen Bergarbeiter ausweise — und darunter seien auch Juden — was habe dann der deutsche Arbeiter in Polen zu erwarten? Schließlich gäbe es auch noch ein etwas von einem Fehler der Friedensverträge mit allerlei fremden-rechtlichen Bestimmungen. Den Dr. August Müller schenke er den Deutschnationalen; denn Müller sei auf die Bitte nach Angaben über die Wiener Kapitalanlagen, über die er im „Reichs-Konferenzblatt“ geschrieben habe, bis heute die Antwort schuldig geblieben. Eine genaue Statistik über die Ostjuden liege im Augenblick nicht vor, weil bei der Anmeldung des Ausländerbescheidens nicht angegeben werde. In Ostpreußen seien aber im März 1928 283 Ausländer, darunter 1712 Ostjuden, gezählt worden. Einige habe in Oberschlesien die Saat für Pogrome gesät. Man dürfe nicht vergessen, daß während des Krieges 10000 Ostjuden nach Deutschland deportiert und zum Teil in Dresden angeheuert wurden. Preußen könne nur im Verein mit den anderen Ländern und im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt vorgehen. Das Problem habe neben der wirtschaftlichen auch noch eine menschliche Seite. Kein Geringerer als Soling habe in seinem „Nathan“ ausgeprochen, daß wir uns nicht jüdisch behandeln müssen. (Lachender Beifall links. — Unruhe rechts.)

Nach dem Hinweis verlor die Deutschnationale die Mehrheit des Reichstages. — Der Kommunist Schöler erinnerte die Reichsversammlung daran, daß jeder kommunistische Ritzungsbesitzer schuldige Parochieverantwortung übernehme. — Der Demokrat Hübner hielt eine antikommunistische Rede, wie ihn sein Redaktionsleiter, der Abg. Dr. Wolff von der Wirtschaftspartei, bekräftigte. Dann sprach unter Genosse Dr. Gohn aus. Er wies darauf hin, daß es ein Jude war, der den alten Konventionen die Grundlagen für ihr politisches Programm geschaffen hat. Die Ostjuden hätten ihre Feindschaft während des Krieges in blutigen Begegnungen. Die Verdrängung des deutschen Vorkrieges wäre ohne die Juden unmöglich gewesen. Herr Kähler hat vergessen, daß die Ostjuden in Amerika sich fast für das Hilfswort der Amerikaner in Deutschland angeseht haben. — Nach weiteren Ausführungen eines Deutschnationalen, eines Deutschnationalen und eines Zentrumsmannes verließ sich der Landtag auf Donnerstag.

Der Hauptauswurf des Reichstages

erlebte am Mittwoch die Nachtragssitzung des Reichspräsidenten, der Reichsjustiz, des Reichswirtschaftsrates, des allgemeinen Pensionsfonds und des Reichswirtschaftsministeriums. Die Genossen Stöckel und Müller sprachen sich aus Sparmaßnahmen und entschieden gegen die Beschaffung einer zehnten Admirals-Klasse aus. Nach ihrer Ansicht kann die Stelle, die für die Chef des Ingenieur-Korps vorgesehen ist, wozu die RSD, nichts einzuwenden hat, durch Freimachung einer der vorhandenen neun Admiralsstellen bereitgestellt werden. Die Stelle wurde gegen die Stimmen der RSD, genehmigt. Bei der Beratung des Reichs-Etats verlangten die Deutschnationalen, den Offizieren in Zukunft wieder das Tragen der früheren Uniform außerhalb des Dienstes zu gestatten. Abg. Hama (Dnt.) stellte einen entsprechenden Antrag. Das gab dem Reichswirtschaftsminister Geiler Anlass zu einem Klagelied über die traurige Lage der Offiziere. Die Offiziere müßten heute schon in Zivil an Gesellschaften teilnehmen, weil sie nur zwei Uniformen hätten, die für den Dienst brauchten. Der Clown war, daß Geiler erklärte, der General-Adjutant-Maximilian Maedgen habe ihm geschrieben: „Wie lange denken Sie noch über mich Strabennest zu verhängen?“ Trotzdem war Geiler der Ansicht, daß das Verbot des Tragens der früheren Uniform nicht aufgehoben werden kann, da sich aus dem Tragen dieser Uniform keine politische Bedeutung ergeben haben. — Nachdem sich nach die Deutsche Volkspartei warm für das deutschnationale Verfahren eingestellt hatte, wurde der Antrag gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei abgelehnt. Der demokratische Abgeordnete Kopf wünschte nicht mehr, es er dafür oder dagegen stimmen sollte. Wir erfahren hierzu, daß der arme General-Adjutant-Maximilian Maedgen als Pension von der Republik die Kleinigkeit von jährlich 227 400 Mark erhält und daß sich dieser Betrag automatisch mit jeder Teuerungserhöhung für die Beamten erhöht. Herr Kähler sprach sich für diesen Antrag seine neue Uniform kaufen? Die Frage wäre heute angebracht, ob die jetzige Regierung des Reiches dem Reichstag abgelehnte Pensionserhöhungsgesetz wieder aufgreifen will oder nicht.

Deutschnationaler Beamtenfang.

Ein Teil der bürgerlichen Presse berichtet in tendenziöser Weise die Nachricht, daß die sozialdemokratische Fraktion gegen eine deutschnationale Entlohnung gestimmt habe. Sie forderte, daß die Beamten der unteren Gruppen nicht schlechter gestellt werden, als die angelernten Arbeiter. Man will damit wieder einmal beweisen, daß die Sozialdemokratie der Feind der unteren Beamten sei. Zunächst stimmt es nicht, wenn behauptet wird, daß die Fraktion gegen die Entlohnung stimmt. Sie hat vielmehr eifrig mitgestimmt, und zwar aus folgenden Gründen: Die deutschnationale Entlohnung verurteilte jene Forderung, gegen die die Sozialdemokratie nichts einzuwenden hat und für die sie in der Praxis schon zehnmal eingetreten ist mit der Forderung, bei ähnlichen Teuerungssituationen im Sinne einer großzügigen Familienpolitik die sozialen Zulagen zu erhöhen. Diese Forderung erfüllen, heißt letzten Endes die Beamtenbesoldung nicht mehr nach den Leistungen, sondern nach dem Familienstande festsetzen. Schließlich das, so ist aber auch die Frage des Soziallohnes für die Arbeiter im Staatsdienst und in der Privatwirtschaft argumentiert des Soziallohnes entgegen. Das bedeutet weiter, daß die Privatunternehmer nicht danach streben würden, den produktivsten und tüchtigsten Arbeiter auf die Straße zu jagen, um mit unproduktiven billigeren Kräften zu arbeiten. In Erkenntnis dieser großen Gefahr haben sämtliche Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten eine solche Lohn- und Gehaltspolitik grundsätzlich und ein für allemal abgelehnt.

Recht verhängnisvoll ist es auch, wenn man weiß, daß diese Forderung vom Reichstag und der höheren Beamten erhoben wird, der dabei gleichzeitig über vorhandenes Unrecht nachzudenken will, indem er fordert, daß auch diese sozialen Zulagen nach den Verdienstgruppen so gestaltet werden sollen, daß die oberen Gruppen auf Kosten der unteren ein vielfaches mehr erhalten sollen. Aus diesem Grunde konnte unsere Fraktion dieser Forderung der Deutschnationalen und somit der Entlohnung nicht zustimmen.

Das bedeutet aber nicht, daß die Sozialdemokratie eine großzügige Familienpolitik ablehnt. Sie wünscht nur nicht, daß sie im Rahmen der Beamtenbesoldung und auf Kosten der Familien der Arbeiter und angelernten Arbeiter erliegt. Vielmehr ist es die Absicht, daß das Reich auf Grund des Artikels 119 der Weimarer Verfassung die Pflicht hat, eine solche großzügige Familienpolitik für alle Volksgenossen und im besonderen unabhängig von Casuariums- und Beihilfen anzuordnen des einzelnen darzulegen.

Die Sozialdemokratie ist wie bisher auch ferner bereit, der Not der Zeit, welche die Familien in einer Linie trifft, durch eine vernünftige Erhöhung der Sozialhilfsleistungen Rechnung zu tragen.

Der Große Preussische Disziplinarhof.

Der aufgrund des preussischen Gesetzes zum Schutze der Republik neu besetzt worden ist, hielt am Mittwoch unter dem Vorsitz des neuen Kammergerichtspräsidenten Dr. Tigges seine erste Sitzung ab. Zur Verhandlung kam der Fall des Amtsgerichtsrates Götze, der am Samstag als Schöffengerichtspräsident am 4. März 1921 den Schöffen Abrecht gezwungen hatte,

den Eid in der religiösen Form zu leisten. Der Große Disziplinarhof erkannte unter Aufhebung des treusprechenden Urteils der ersten Instanz auf einen Verweis wegen fahrlässiger Verletzung der Weimarer Verfassung. — Eine Strafanzeige gegen Götze wegen Mißbrauch der Amtsgewalt war gleichzeitig vom Oberstaatsanwalt beim Landgericht II abgelehnt worden.

Die Kommunalpolitischen Zeitschriften der früheren SPD und U.S.D.

„Die Sozialistische Gemeinde“ und „Kommunale Praxis“ hören mit der vorliegenden Nummer auf, zu erscheinen. Nachdem die beiden politischen Parteien sich wieder vereinigt haben, sind auch ihre kommunalpolitischen Organe zusammengelagt worden. Bereits die Novembernummer beider Zeitschriften enthalten denselben Text; lediglich in Rücksicht auf den Postvertrieb an die Abonnenten sind bis zum Ablauf des Jahres die bisherigen beiden Titel weitergeführt worden. Vom Januar 1923 ab erscheint das neue „Vorbereitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ und die „Kommunale Praxis“ unter dem Titel „Gemeindepolitik“. Das neue Organ erscheint monatlich. Sämtliche Postanstalten, Zeitungsverleger und Buchhandlungen nehmen Bestellungen jederzeit an. Postbesteller der „Kommunale Praxis“ und der „Sozialistischen Gemeinde“ erhalten die neue Zeitschrift von Januar 1923 ab ohne weiteres zugesandt.

SPD-Parteitag.

Nach Beschlus der Zentrale der kommunistischen Partei findet laut Notiz Karte der Partei der SPD am 28. Januar und den folgenden Tagen in Leipzig statt.

Die Eröffnung des Warschauer Sejms.

Rückblick für friedliche Aufschaukelung. Nach einem feierlichen Gottesdienst in der Kathedrale, dem der Staatschef, das diplomatische Korps, die Mitglieder der Regierung und die Abgeordneten beizumohnt, fand gestern die erste Sitzung des neu gewählten polnischen Sejms statt. Die Sitzung eröffnete Staatschef Pilsudski mit der Verlesung einer Botschaft, in der ausgesührt wird, daß die Arbeit des ersten ordentlichen Sejms sich umso ruhiger gestalten könne, als die Grenzpolitens bereits festgelegt erschienen und Polen nicht daran denke, Konflikte mit irgend einem Staat zu suchen. Die Fragen der auswärtigen Politik, die in dem vorläufigen Sejm so manchen Gegenstand gereicht hätten, müßten von nun an mit umso größerer Ruhe behandelt werden, als sich Polen einerseits auf den Glauben an seine eigene Kraft stütze, andererseits auf das Vertrauen zu seinen Verbündeten und Freunden. Zu den aktuellen Fragen, die der neue Sejm zu lösen habe, müsse ferner die Regelung der Staatsfinanzen gegührt werden. Nachdem der Staatschef geschlossen habe, übernahm den Vorsitz der Alterspräsident Bronowski.

Am Mittwoch fand die Eröffnung des Sejms durch den Staatschef statt, der in seiner Ansprache darauf hinwies, daß der Sejm nicht die Hauptbedingung der Staatsarbeit bilde, sondern im Sinne der Verfassung der demokratischen Länder zum Kathor der Vernunft und Mäßigung bei Erfüllung der Aufgabe werde, die den leitenden Organen der Staatsgewalt zugewiesen seien. In diesem Sinne appellierte er an die Senatoren, stets auf Seiten derer zu bleiben, deren Bestreben es ist, Gegenstände zu beseitigen und das notwendige Gleichgewicht zwischen den Absichten, Zielen und Mitteln herzustellen. Der Vorsitz übernahm Johann als Alterspräsident der polnische Freiheitskämpfer Gnamowski, der die Freiheitsbestrebungen Polens seit dem Jahre 1830 schilberte und mit einem Appell an eine vortrübliche und eintrüchtige Zusammenarbeit zwischen Sejm und Senat schloß.

Die Warschauer Blätter melden, daß die meisten Fraktionen des polnischen Sejms sich konstituiert haben, darunter die deutsche Fraktion des Sejms mit 16 und die des Senats mit 5 Abgeordneten. Die Frage der Mehrheitsbildung ist noch nicht geklärt. — „Robotnik“ hält eine Rechtsmehrheit ebenso wie eine Linksmehrheit für unwahrscheinlich. Die Sozialisten würden nur einer Regierung beitreten, die eine gründliche Revision der Wirtschaftspolitik zulihere

Warum die Griechen ihre bisherigen Minister hinrichteten.

Nach einer Havasmessung aus Athen heißt es in der Begründung zu dem Urteil des Kriegsgerichtes über die ehemaligen griechischen Staatsmänner im wesentlichen: Die Angeklagten hätten dem Volke bewußt die wirkliche Lage geheim gehalten, obwohl Griechenland seiner Allianz hätte frei und lebig erklärt werden müssen. Sie hätten beschlossen, alles zu tun, um den Thron Konstantin zu beseitigen, damit sie unter seinem Regime an der Macht blieben. Sie hätten jede Rungebung der öffentlichen Meinung, die sich dagegen gerichtet habe, durch Terrorismus erstickt, und schließlich hätten sie den Zusammenbruch in Kleinasien provoziert. Infast König Konstantin von der Notwendigkeit seiner Abdankung zu überzeugen, hätten die Mitglieder mit Genara, Balkazi die Offensive mit Konstantin verabredet die Balkazi unternommen habe. Hierdurch sei der Zusammenbruch der kleinasiatischen Front herbeigeführt worden. Somit hätten die Angeklagten bewußt große Teile der unter dem Kommando Balkazats stehenden Armee dem Feinde geopfert. Sie seien des Hochverrats überführt und der Strafe verfallen, die in mehreren Artikeln des Militärstrafgesetzbuches vorgelesen sei.

Der Sprung in die Welt.

Ein Jung-Arbeiter-Roman von Arur Zidler.

22 | (Nachdruck verboten.)

„Ich bin ein Freund des jungen Wandervolkes“, jagte der Diener, „weil ich glaube, daß die wandernde Jugend ein neuer Anfang ist. Die Menschen, die sich in den großen Städten aufhalten, sind dumpf und ungeliebt, das ist eine große Gefahr. Ich bin nicht weit in der Welt herumgelaufen, aber ich habe immer zwischen Säumen und Säumen gelebt und habe ein großes Mitleid mit Menschen, denen es verjagt ist. Die Städte sind ihre Heimat sind mir unheimlich, ich kann mir nicht denken, daß von ihnen etwas Gutes kommt. Es ist leicht, nachzuweisen, warum die großen Städte entstehen müßten, aber es ist schwer, zu sagen, wo die Welt, die von den Städten geleitet wird, hinaus will. Es ist eine wunderliche Welt. Von der anderen, von der natürlichen, kann man behaupten, daß sie dazu da ist, die Geschöpfe glücklich zu machen. Sie hat alle einen einfachen und guten Sinn, das Städtel aber ist nicht glücklich, lebt in seinen Käse mit in einem Gefängnis und sucht nach Auswegen, die es nicht findet, solange es glaubt, die Dinge, mit denen es sich befaßt, könnten es erleihen. Es kommt nichts Gutes von den Maschinen, die nur Dämonen sind, blanke Teufel, die den Städtelmenschen beherzeln und betrügen. Sie sind zu den Menschen gekommen, wie die weißen Käfer zu den schwarzen. Menschen ihnen unheimlicher Künste und unheimlicher Land und nehmen ihnen die Freiheit. Millionen ungeres Volkes sind ohne Land und ohne Besitz, ihre Arbeit ist ihnen fremd und wird ohne Liebe verrichtet, die Freuden, die sie suchen, reiben die Finger nur auf, statt sie anzurichten. Die Seelen sind leer und ohne Gott, es gibt keine Freiheit mehr, nur noch Betrugungen, die Gestirte werden nicht, die Gefährungen nachteilig — ein krankes Volk! Darum frone ich mich so sehr, daß die Jugend der Städte in das freie Land hinausziehe und wieder Gottes natürliche Welt zu leben beginnt; wenn diese Jugend zur Welt gelangt, kann alles wieder gut werden und einen gerechten Sieg erlangen, auch in den Städten.“

In Hans regte sich der Widerstand. Die Städte sind häßlich und gräßlich, weil eine schlechte und ungerechte Ordnung in ihnen herrscht. Wer in den Städten geboren ist, kann ihnen nicht entziehen, auch die Jugend nicht. Wir müssen lange und unter Entbehrungen in den Fabriken arbeiten, um für kurze Zeit aus ihrer Hand entlassen zu werden. Morgen Holt uns die Industrie wieder zurück, wenn wir es nicht verdienen, als bettelnde und von der Polizei gezeigte Landstreicher zu verurteilen. Wir lieben die Pflanzen, die Sonne und die freie Welt, die Blumen und den Meer, aber wir leben, denen das alles heimfremdlich und für immer ungeliebt ist, aber viele Städte in Japan, denn die Städte sind unser Schicksal. Sie haben recht, daß es leichter wäre, die Städte zu verlassen, aber der Rat klingt uns wie Hoh: denn wie sollten wir das machen? Wir würden es nicht einmal tun, wenn es für uns als einzelne möglich wäre — denn in den Städten, in den Fabriken geht der Kampf um die bessere Ordnung der Gesellschaft, gegen die Maschinenbehalter und Ausbeuter, gegen die reichen Besitzende, und dieser Kampf ist ein so kämpfer, daß die Jugend des Großstädtelvolkes sich schämen müßte, die Ästen in diesem Kampf allein zu lassen.“

Der Diener lächelte. Sie sind also Sozialisten... Er hob absehbend die Hand: ... ich glaube nicht, daß ich auch das verstand, weil ich es nicht bin. Es kommt ja darauf an, wie ihr es seid. Das ist es aus der Liebe heraus sein, aus der Kraft und aus der Gerechtigkeit. Es ist schön, junge Menschen zu leben, die empört sind und einen Mut und einen Willen haben, die Welt zu verändern. Wenn die Jugend über uns kommt und uns erhebt, so soll es sich sein, denn nichts außer Gott hat ewigen Bestand, und den Lehrlern ist es geboten, zu wechseln und zu vergehen. Was ich fürchte ist, daß die Städte mit ihren Dämonen und mit ihrer sinnlosen Gewalt und mit ihrem Fluten von Haß und Verderben, mit ihrer Verlogenheit die Völker ins Verderben reißen — ich fürchte den Krieg der Maschinen, sehr einfache Reiben von Maschinenführern, Ströme von Blut, Entfesselung der Bestialität, den Krieg aber gegen alle. Ich weiß, daß Gott in den Städten nicht mehr beherrscht, als eben auch eine Firma. Es ist entsetzlich, wenn die äußeren Gezeiten so hart sind und der Mensch ihnen nichts anderes entgegenzusetzen hat, als nur die Liebe. Menschen ohne Gott sind lebend — wären sie es nicht, wie hätten sie so

Klänge in die Gewalt der Dämonen kommen können? Gott ist groß und unakbar, er ist in jedem beflammen Menschen, den treu und innig das Gute will, lebendig. Also auch in euch.“

Sie liegen hinab in den Garten. Der Regen war vergangen, die Blumen atmeten Frische und Duft, der Tag war am Scheiden. Die Gehilfen des Warrers trug Abendessen ins Freie, und der Gastgeber bewies, daß er kein Feind irdischer Lustal war. Nach der Mahzeit erzählte er noch von seinen Blumen und Gärten. Als es sich kühl wurde, gingen sie ins Haus, der Warrers setzte sich im dunklen Zimmer an das Klavier, der Gehilfen der Nacht fiel durch das Fenster. Die Melodien wanderten und verflangen. Die Haushälterin brachte die Lampe und sagte, das Zimmer für die jungen Leute sei bereit. Der Warrers erhob sich und schüttelte ihnen die Hand.

„Liebe sie mit euch!“

Als Hans schon im Seit lag, stand Rudi noch am Fenster und sah in die Nacht hinaus. Dann setzte er sich zu Hans auf den Bettrand.

„Hans, was wird noch aus uns werden?“ Hans gab ihm die Hand und schweig. Stodend fuhr der andere fort: „Gott es dir auch so, daß dich manchmal eine heftige Angst packt vor der ferneren Zukunft? Vor dem Rätsel der Zukunft? Ich fühle, was ich noch vor mir habe, was ich durchmessen muß, ehe ich mich vollenden darf; ich hungere nach Schmerzen und Freuden, nach Gefahren und Kämpfen, nach allen Formen, die ich durchzuweisen muß bis zur letzten der heiteren Gelassenheit und der guten Kameradschaft mit dem Tode. Nun denke ich mir, daß ich nur wenige Jahre Zeit habe, um fertig zu werden; denn ich will die Arbeit haben, solange ich noch jung bin, so jung wie unser Gastgeber. Wenn ich bedanke, wie hoch diese Forderung ist, hange ich um ihre Erfüllung...“

„Es gibt nur eine Kraft, diese Furcht zu überwinden...“

„Und...“

... das ist die Kraft, in voller Ruhe damit zu rechnen, daß jede Stunde die letzte sein kann! Rudi stand wieder auf und öffnete das Fenster. Mit der Nachtkühle kam das Rauchen des Kamin ins Gemach. Lange sah Rudi auf dem Fensterbrett, ehe er sich wieder zu Hans wandte und ihn küßte. „So“, sagte er, „du hast recht...“ (Fortsetzung folg...)

Gewerkschaftsbewegung.

Reichsbahnbetriebskrankenkasse und Ärzte.

Ein Wort zum „Bauscheidtismus“.

Unter der Rubrik Gewerkschaftsbewegung steht in der Nummer der „Volkswacht“ vom Sonnabend, den 25. November 1922, eine längere Aufschrift überschrieben: „Verhängnisvolle Folgen des vertragslosen Zustandes zwischen dem niederösterreichischen Arbeiterverband und der Reichsbahnbetriebskrankenkasse Breslau“. Dazu erhalten wir von einem Arzt unseres Vaterlandes folgende Erwiderung:

Bereits am 1. Oktober des vorigen Jahres wurden die laufenden Verträge der Ärzte mit der Reichsbahnbetriebskrankenkasse zum 31. Dezember 1921 gekündigt. Um aber die ärztliche Versorgung der Reichsbahnarbeiter nicht durch rein geschäftliche Schwierigkeiten zu fähren, hat die Reichsbahn dreizehntel Jahre lang ohne Vertrag weiter gearbeitet. Der Arzt der Reichsbahn war von jeher bei der Reichsbahnbetriebskrankenkasse eine etwas andere als bei den meisten anderen Klassen und zwar etwas günstiger. Dafür verlangte die Klasse eine besonders eingehende ärztliche Versorgung und eine sehr weitgehende Familienbehandlung. Die jüngsten Verhandlungen bis zum Jahre 1920 mit den einzelnen Betriebskrankenkassen verliefen durchaus friedlich. Erst als der „Besoldungssteigerungskomitee“ in Berlin, also die zentrale Instanz, die Verhandlungen führte, gab es Schwierigkeiten. Nebenbei sei bemerkt, daß mit dieser Verhandlung auch viele Reichsbahnbetriebskrankenkassen zugewiesen waren. Die Differenzen drehten sich zuletzt im wesentlichen darum, daß in den Vertrag Bestimmungen aufgenommen werden sollten, durch welche die ärztliche Tätigkeit ohne Rücksicht auf die Eigenart besonderer Fälle rein schematisch beschränkt werden sollte. Solche Beschränkungen müßten sich die Ärzte schon lange bei anderen Krankenkassen gefallen lassen, nicht zu ihrer Freude und auch nicht zum Vorteil ihrer Patienten, und die Einführung der gleichen Bestimmungen bei der Reichsbahn hätte neben einer Verbilligung der ärztlichen Einnahmen eine Verschlechterung der ärztlichen Behandlung mit sich geführt, und zu diesem haben die Ärzte keinen Grund. Nachdem nun dreizehntel Jahre lang vergeblich auf eine Einigung gewartet worden war, blieb den Ärzten nichts anderes übrig, als in den vertragslosen Zustand einzutreten. Dieser vertragslose Zustand wird natürlich mit Recht als ein großes Übel angesehen, denn die Ärzte verweigern nicht die Behandlung der Mitarbeiter, sondern behandeln sie im vertragslosen Zustand wie Privatpatienten. Man kann also ebensowenig von einem Streik sprechen, wie man bei der Einführung der Reichsbahn Krankenkasse von der Verweigerung der Ärzte oder anderer Maßnahmen ausgehen kann. Bei der Verhandlung nach Privatpatienten ist es natürlich möglich, daß der eine oder andere Arzt die Lage auszunutzen versucht. Für diese Fälle ist es aber sicher, daß der betreffende Arzt von seiner Verpflichtung zur Rechenschaft gezogen werden wird; außerdem steht demjenigen, der sich von einem Arzt überfordert glaubt, immer der Rechtsweg unter Beachtung auf die vom Minister für Reichswohlfahrt herausgegebene Gebührenordnung offen, die den Ärzten durchaus nicht ein Dorn im Auge ist, wie der Verfasser des Artikels schreibt. Der Arbeiterverband hat von der R.R.K. nicht höhere Sätze verlangt, als von den anderen Krankenkassen. Von der Reichsbahnärztlichen Oberversammlung sind die Forderungen der Ärzte angenommen worden. Infolgedessen herrscht dort kein vertragsloser Zustand. Die Forderungen scheinen also nicht so unerschwinglich zu sein, wie es von der Klasse dargestellt wird. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß der Arzt von der Krankenkasse in Breslau für einen Besuch in der Wohnung des Kranken ausdrücklich weniger als zwei Drittel von dem Botenlohn eines roten Adlers (240—360 Mark) bekommt. Im 3. Quartal wurde für eine ärztliche Beratung von dem Kaiser 32,50 Mark, also rund das 32-fache des Friedensjahres, bewilligt, bis zum heutigen Tage sind die Honorare noch nicht voll ausbezahlt. Die Papiermark war im Oktoberdurchschnitt nach einer amtlichen Erklärung der deutschen Regierung nur für ein Goldmark, nach der inneren Kaufkraft für ein Fünftelwert wert. Durch die späte Bezahlung haben die Ärzte also in Wahrheit nur einen kleinen Bruchteil ihres früher erworbenen Lohnes bekommen.

Und nun die „ungeheuren“ Sätze der Privatpraxis. Sie berechnen sich aus den Friedenshöhen multipliziert mit einer Teuerungszahl, die zum Beispiel bei den Fachärzten gegenwärtig 150 (gegenüber einer Reichsteuerungszahl von weit über 200) beträgt. So kostet eine ärztliche Konsultation allerdings 750 Mk., — etwas mehr als ein halbes Pfund Butter. Die Berufskosten des Arztes sind aber ungeheuer gering. Gas, Elektrizität, Fuhrkosten, Instrumente, Bücher kosten weit mehr als das 150-fache des Friedensjahres.

Eine prinzipielle Einigung über die Grundlagen eines Vertrages zwischen Ärzten und der Reichsbahnkrankenkasse ist in Breslau schon zustande gekommen. Dem endgültigen Abschluss steht die Meinung der Berliner Zentrale entgegen. Dort sollten die Bestimmungen der R. B. K. einseitig, bezog für die Gesundheit der Reichsbahnarbeiter verhängnisvolle Bestimmungen getroffen werden. Dem die Vergütung von jetzt 175 Mark pro Krankheitsstag für ärztliche Behandlung und Arzneimittel ist nicht entzerrt ausreichend. Die Folge wird sein, daß in vielen Fällen, in denen es notwendig ist, der Arzt nicht aufzusuchen wird, ein Medikament nicht gekauft wird und so der kranke Arbeiter die Kosten der Differenzen zwischen Ärzten und Klassen von seinem einzigen Kapital, seiner Gesundheit und seiner Arbeitskraft, wird bezahlen müssen. Bei vielen Kranken wird der rechte Augenblick für eine Operation, der Zeitpunkt für eine andere erfolgversprechende Behandlung, verpaßt werden. Ein solcher Verlust ist das Todesurteil für viele Menschen und wird über kurz oder lang die Finanzen der Klasse durch verärgerte Fälle mit hohen Krankengebühren und Behandlungskosten schwer belasten.

Als Mittel zur Selbsthilfe und Erlas für die ärztliche Behandlung wird jetzt von Eisenbahnseite eine Methode, der Bauscheidtismus, empfohlen, die in weiten Kreisen unbekannt ist und über die einiges gesagt werden muß. Die Bauscheidtische Methode besteht in der Behandlung der Haut mit einem Schöpfer scharfe Kadeln in die Haut einstecken und dann in die Stiche wunden scharfe Substanzen (Krotend, Wolfsmilch, Extrakt aus spanischen Fliegen usw.) einreiben. Es entstehen dann schmerzhafte, heftige Entzündungen, die unter Zurücklassung sehr charakteristischer, dauernder, oft sehr entstellender Narben, abheilen. Die Methode gehört zu den sogenannten ableitenden Verfahren, die in milderer Form (Senfpflaster, Schröpfköpfe) bei bestimmten Erkrankungen auch von Ärzten angewandt werden. Aber wie kann man nur eine solche ganz spezielle Methode als Erlas für die ärztliche Hilfe überhaupt in Empfehlung bringen? Was bedeutet der Bauscheidtismus bei einem komplizierten Feindbruch, bei einem Eitenspitze im Auge, bei einem Kehlkopfkrebs, bei einer krankhaften Geburt, bei einer frühen Syphilis, zu tun? Ich meine, daß es nicht angeht, die Gesundheit unseres Volkes, das unter tausend Plagen leidet, aufs Spiel zu setzen, weil sich zwei Parteien in Lohnfragen nicht einigen können. Ich glaube auch, daß der deutsche Arbeiter sehr bald merken wird, wo seine Gesundheit aber die Gesundheit seiner Familie heller angehen sollte, bei dem ersten besten Kurpfuscher oder dem gründlich vorgebildeten Arzte, den er sich auf Grund seines Vertrauens frei gewählt hat.

Verammlung der Reichsgewerkschaft.

In der ersten gemeinschaftlichen Sitzung der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten mit dem Deutschen Eisenbahnerverband (D.E.B.), die neuerdings eine Arbeitsgemeinschaft bilden und die im Gewerkschaftshaus stattfand, referierte der Vorsitzende des D.E.B., Fuhrmeister, in längeren Ausführungen über die letzten Beamtenforderungen, die wirtschaftlicher Natur sind, sowie über die Schritte, die von den größten Eisenbahnerorganisationen, der A.G. und des D.E.B., unternommen sind, um diese Forderungen mit Nachdruck zu verwirklichen. Ferner wurde gegen eine beabsichtigte Reduzierung der Beamten, die Arbeiterentlastungen zur Folge haben müßte, da die Beamten der Besoldungsgruppen 1 bis 5 dann Arbeiterdienste ausführen sollen, Stellung genommen. Die neuen Dienstvorschriften müssen, wie Redner betonte, so ausgearbeitet und verbessert werden, daß sie für die Beamenschaft erträglich sind; doch seien die Schwierigkeiten, welche die Organisationen mit der maßgebenden Führung in dieser Angelegenheit zu bestehen haben, nicht gering. Aus diesem Grunde sei es erforderlich, daß sich die Beamten reiflich hinter ihre Führer stellen. Unter verschiedenen wurde, da das Wort bei den Reichsbahnbeamten infolge der hohen Verträge ein sehr großes ist, in einer entsprechenden und eine entsprechende Erhöhung des Monatslohes gebeten. Ferner währte der Referent gegen die enorme Erhöhung der Arzthonorare Stellung; denn, da die Eisenbahnbetriebskrankenkasse in Breslau vom 1. Oktober dieses Jahres ab allein 5%, im ganzen Reichsbahnbezirk 15 Millionen für Arzthonorare ausbezahlt hat, steht genannte Kasse, die größte Wohlfahrtseinrichtung der Welt, vor dem Ruin. Die Sitzung wurde darauf nach einem Schlußwort Fuhrmeisters, dem eine anregende Debatte voranging, durch den Vorsitzenden der R.G. Stellvertreterlicher R. G. geschlossen.

Außerordentliche Richtigungen der Arbeitgeber.

Dem Zentralverband der Angestellten wird aus geschrieben: Sollten die Gewerkschaften ihre Aufgaben in der gegenwärtigen schweren Zeit reiflich erfüllen, so müssen ihnen von den Mitgliedern die hierzu erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Das ist um so notwendiger, als auch die Arbeitgeber darauf bedacht sind, sich zur Wahrung ihrer Interessen einen reichlichen Fonds zu schaffen. Hierfür ist folgendes außerordentlich wichtige Rundschreiben der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Zeugnis ab: Rundschreiben Nr. 259.

Zag. Nr. 1/45 184.

Berlin, den 31. Oktober 1922.

Wir haben unteren Mitgliedern durch Rundschreiben Nr. 252 vom 18. Oktober 1922 Kenntnis gegeben von dem Beschlusse der Mitgliederversammlung betr. Nachzahlung für das Kalenderjahr 1922 in Höhe des diesjährigen doppelten Jahresbeitrages, d. h. es ist der im März festgesetzte und bereits gezahlte Jahresbeitrag für 1922 noch einmal in doppelter Höhe nachzuführen. Wir wiederholen das Gesuchte um umgehende Einlieferung des Betrages und bemerken erklärend: Die Nachtragszahlung ist deshalb notwendig, weil die laugenden Mittel zur Dedung der ordentlichen Ausgaben nicht mehr ausreichen, so daß bereits ein größeres vorzusätzliches Darlehen aufgenommen werden mußte. Der Große Ausschuß war einstimmig der Meinung, daß der Vereinigung die erforderlichen Mittel zur Durchführung der ihr überwiesenen Aufgaben unbedingt von den Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden müßten. Auf seinen Vorschlag hin hat deshalb die Mitgliederversammlung einstimmig die oben erwähnte Nachzahlung beschlossen.

Wir müssen darauf dringen, daß diesem Beschlusse umgehend entsprochen wird, da in der Tat sonst die Arbeiten der Vereinigung leiden müßten. Wir eruchen deshalb um Einlieferung des fälligen Betrages an unser Bankkonto: Diskonto-Gesellschaft, Berlin W. 8, Unter den Linden 35.

Der Schatzmeister: Der Geschäftsführer: gez. Schulze-Rhonhof, gez. Dr. Zinzler.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände verlangt also einen dreifachen Jahresbeitrag von ihren Mitgliedern, den die Unternehmer gern zahlen werden. Sie wissen, daß damit nur ihren Interessen gebient wird. Den Mitgliedern der freien Gewerkschaften erwacht die Pflicht, alles zu tun, um einmal die heute mehr als notwendige Kampfkraft der Gewerkschaften zu erhalten, um aber auch gegen alle Eventualitäten der kommenden Zeit gewappnet zu sein.

Aus Schlesien.

Goldberg. Zum kommissarischen Landrat ernannt worden ist der Regierungs-Obersekretär Gauglitz (Sozialdemokrat) in Legnitz für den Kreis Goldberg-Bagnau. **Tschändorf.** „Liebe deinen Nächsten!“ Dieser Tage ereignete sich auf dem Bauplatz der Firma Glödner ein Unglücksfall, dessen traurige Begleiterscheinungen das arbeitende Volk zum Nachdenken bewegen möchte. Ein Steinträger kam durch die umherliegenden Schladen zu Fall und brach ein Bein. Von vormittags 4 1/2 Uhr bis abends 6 Uhr mußte der Unglückliche liegen, bis er mittels Krankenwagens nach Sagan ins Krankenhaus transportiert wurde. Die Bemühungen des Mauerpoliers, früher einen Wagen zu bekommen, waren erfolglos. Kein Fuhrwerk-Besitzer am Orte hatte Zeit, den Bedauernswerten nach dem Krankenhaus zu fahren. Selbst die Firma Glödner, die uneres Wissens über viele Fuhrwerke verfügt, war nicht in der Lage, ein solches zu stellen. Es handelte sich ja auch nur um einen Arbeiter. Würde es aber einen gewissen, der schon mit gewissem Geldbeutel das Licht der Welt erblickt hätte, in мэren fieber schon in zehn Minuten ein Duzend Fuhrwerke zur Verfügung gewesen. Es ist aber immer die alte Geschichte: Hat der Arbeiter seine geliebten Knochen dem Kapital geopfert, so bleibt er achillos in der Erde liegen.

Sprottau. Stundenlöhne von 10 bzw. 13 Mark! Die Firma Kuschnigt in Lauban, die auch hier eine Lederfabrik im Betrieb hat, hat es fertig gebracht, nach Görlitz und Kuesen zu berichten, daß die Firma Franke in Maximilia schon im Oktober einen Stundenlohn von 165 Mark gezahlt hätte. Es wäre besser gewesen, Herr Kuschnigt hätte sich erst einmal erkundigt, wie die Verhältnisse da gelegen haben. Es ist ja aber auch kein Wunder, daß dieser Herr die heutige Not noch nicht kennt, sonst hätte er seine Arbeiter im September und Oktober nicht mit einem Stundenlohn von 10 und 13 Mark abgehöhelt. Ein Glück ist es ja gewesen, daß der Schlichtungsausschuß in Lauban Herrn Kuschnigt zur Nachzahlung gezwungen hat. Wer daraufhin hat er die Arbeiter mit der Bemerkung entlassen, sie hätten ihm zu wenig Arbeit geliefert. Man muß sich nun fragen, was für einen solchen Lohn geliefert werden kann. Kuschnigt hat den Mut besitzen, wieder neue Arbeitskräfte vom Arbeitsnachweis zu beantragen, die er aber diesmal nicht mehr erhalten hat.

Brasow. Verhaftete Schmugglerinnen. Sonnabend nahm der hiesige Landjäger Klose an verschiedenen Orten des Amtsbezirks sechs Frauen und Mädchen, hessenschlomatische Staatsangehörige, fest, die von hier reichs Einfäufe über die Grenze schaffen wollten. Nach Beschlagnahme der Waren konnten drei der Verhafteten wieder entlassen werden, die übrigen Beamten wertvollere Sachen (Kleidung, Pelze) wurden dem Amtsgericht Schmieberg angeführt. Die beschlagnahmten Sachen haben einen Wert von über 150 000 Mark.

Wasserstand

am 30. November 1922.

Ratibor	1,48	Breslau (Unter-Regel)	— 0,96
Krapitz	2,20	Landau (Ober-Regel)	4,50
Bojel	0,75	Landau (Unter-Regel)	3,10
Dziedz (Wallenthan)	2,50	Dziedz	2,35
Wesselnburg (Ober-Regel)	3,50	Tschandorf	1,20
Wesselnburg (Unter-Regel)	1,70	Wasserwärme: + 1,0°	
Breslau (Ober-Regel)	5,10		

Zu jeder Jahreszeit wird es bei Jung und Alt gern gesehen, wenn als erfrischende Nachspeise ein



Oetker Pudding

auf den Tisch kommt. Mit frischen gekochten oder eingemachten Früchten, mit Rhabarber oder mit Fruchtsaft angerichtet, ist dies zugleich eine nahrhafte und gesunde Speise. Der besondere Zusatz von knochenbildenden Salzen in Dr. Oetker's Puddingpulver macht diese zu einem hervorragenden Nahrungsmittel für heranwachsende Kinder, und sollte diesen oft als möglich vorgesetzt werden.

Dr. Oetker's Puddingpulver

kommen niemals löse, sondern nur in Originalpaketen mit der Schutzmarke



„Oetker's Henkel“ in den Handel.

Wohlbrande

Unter treuer Mitarbeiter, der Hanshälter und Packer

Karl Mittmann

ist am Montag im Alter von 46 Jahren einem tödlichen Leiden erlegen.

Über 30 Jahre lang hat er in unermüdlicher Arbeit und Pflichttreue unserem Unternehmen seine Kraft und seine Dienste gewidmet. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten. 4699

Hollmuth und Erich Schatzky

i. Fa. Th. Schatzky
Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft G. m. b. H., Breslau III.

Deutscher Verkehrsbund
(Abt. Straßen- und Kleinbahnen).

Am 27. November verstarb im Alter von 34 Jahren unser wertiger Kollege, der Straßenbahnbesatzer

Paul Friedrich.

Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren.

Die Mitglieder der Verwaltungsgesellschaft Breslau.
Beerdigung: Freitag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Mauritius-Friedhofes.

Beurkrankte

können auch ohne Operation u. Berufsstörung geheilt werden.

Nächste Sprechst. in Breslau: Hotel „Breslauer Hof“, Neue Tschobanstraße 14, am 3. Dezemb., 9—1 Uhr.

Dr. med. Jacobs, Arzt, Spezialist für Bruchleiden.
Berlin W 50, Rankenstr. 13, (bisher Dr. Laab). 4362

Stenographie-Schreibmaschine

Kurse mit Abgangszug
M. Thielholz, Vorwerkstr. 62

„Der wahre Jakob“, Heft 20,00 Mk.

Die höchsten Preise für gebrauchte Säde ergibt man nur im

Breslauer Sädehaus, Düppelstraße 1.

Waggonladung Seefische eingetroffen

prachtvolle, lebendfrische Ware.

Außerdem empfehlen wir: 4895

Lebende Karpfen, lebende Schleie, Zander und Hechte

Marinaden und Räucherwaren in größter Auswahl

Breslauer Fischhallen

Schmiegebrücke 59. — Neue Schweidnitzer Str. 10.

Sozialdemokratie und Landwirtschaft

von Georg Schmidt

Preis nur 3.00 Mk.

Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporteurs entgegengenommen.

Schutzputz Pilo



Sie kaufen gute Qualität wenn Pilo auf der Dose steht!

Inferate spielen in der Volkswacht den größten Erfolg!

Bekanntmachung.

Die Sportkasse des Konsum- und Sparvereins „Vorwärts“ für Breslau und Umgegend verzinst ab 1. Januar 1923 die täglich abhebbaren Spareinlagen mit 5%. Für Einlagen mit sechsmonatiger Kündigung werden 7% gezahlt. Langfristige Einlagen und Baugelder verzinsen wir mit 8%.

Stadttheater.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Cavalleria rusticana.
Dienstag 8 Uhr:
Der Bajazzo.
Freitag 6 Uhr:
Elegie.
Sonntag 7 1/2 Uhr:
Figuella.

Schauspielhaus.
Operettenbühne. Tel. 3193345
Heute und täglich 7 1/2 Uhr:
Die Königin v. Rommerie
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Wiederkehrten Heils Kürz
Schwarzwaldbädel.

Schauburg
Viktor-Theater
Des großen Erfolges wegen
bis Ende Dezember
verlängert
55te Aul-
Bender
Revue
Schön sein wir aus.
Vorverkauf
10 Tage im voraus.

Zeitgarten.
Inh. Maslankowski.
Letzter Abend:
Nie schwarze
Schmach!
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf: Barsch.

Etabli. „Wilhelmsburg“ Reudorf-
straße 34
Heute sowie jeden Donnerstag:
Großes
Tanzfränzchen.
Im Januar und Februar ist ein Sonntagabend frei geworden.

**Gold-, Silber-,
Platin-Bruch,** 4664
Zähne, Gebisse
zahlt höchste Preise
Edelmetall-Einkaufs-Spezialhaus
M. Flabig und A. Hein,
Bahnhofstr. 20, II. Etg.

Frauen!
Wenden Sie sich sofort bei
Störungen
nur an mich. Langjährige Er-
fahrung. Günstige Erfolge b.
m. Präparate. Siche freimillige
Dankschreiben Frau D. Jährlitz.
Seine holte ich mir Ihre Mittel
und morgen trat der Erfolg ein.
Gummipillen, Spülflüssigen,
Weißflüssigkeit
Katalog gegen Rückporto.
Frau M. Böhm, Breslau II,
Gärtnerstr. 9, 3. Min. Hauptbühn.

Oskar Dehmel,
Reudorfstr. 45. 4518

Bitte bei allen Eim-
käufen Reis
die Inzerenten unserer
Zeitung zu berücksichtigen

Emil Fache Aktiengesellschaft
für Branntwein und Edeliköre
Filialen in allen Stadtteilen.

Donnerstag bis Sonnabend
3 billige Fleischtage
Frisches Rindfleisch . . . Pfd. 230.-
„ (als Koch) „ 270.-
Bestes Hammelfleisch „ 260.-
„ (Kalt u. Braust.) „ 270.-
Dicker, frischer Speck 1/2 „ 590.-
Pa. Rindertalg (Kochsalz) 1/2 „ 490.-
1/2 Pfd. Leberwurst . . . 120.-
1/2 „ Knoblauchwurst 120.-
Bresl. Fleisch Centrale
Schmiedbrücke 21, I. Westendstr. 68.
Lobnigrabenstraße 6, Rehdigerstraße 3.

1) Große Auswahl
2) Beste Qualitäten
3) Billigste Preise

**Diese 3 Vorzüge
bieten wir Ihnen!**

Überzeugen Sie sich
einmal mehr davon!

Der „Warenhandel“
Spezialschuhhaus Oneisenastraße 4.
Straßenbahnlinien 7, 8, 10, 11.



Anordnung!
Auf Grund der §§ 20 und 87 der Wahl- und Brot-
schneidung für den Stadtkreis Breslau vom 12. August 1921
(Beilage zu Nr. 36 des Breslauer Gemeindeblattes) ordnen
wir folgendes an:
I. Sämtliche Bäcker und Händler, die A.-G.-Mehl ver-
kaufen oder abgeben, haben die bis einschließlich 3. Dezember
1922 eingenommenen Brotmarken Nr. 9 (einschließlich der
von den Wiederverkäufern) sowie die Schieferbrotmarken
höchstens an dem unten angegebenen Tage bis 1 Uhr
nachmittags in der nachgeschriebenen Weise und an dem
nachgeschriebenen Orte abzugeben. Ebenso haben sie bis zu
diesem Zeitpunkt die Lieferhefte für die bis zum 3. De-
zember 1922 an Kantinen ohne Brotmarken gelieferten
Mengen A.-G.-Gebäde abzugeben.
II. Sie haben ferner die für diese Brotmarken und
Lieferhefte erhaltenen Quittungen sowie sämtliche übrigen
in ihrem Besitze befindlichen Quittungen, Gutscheine, Be-
auftragsscheine oder Lieferungsbestimmungen am gleichen Tage
bis 3 Uhr nachmittags in der Stadtverteilungsstelle,
Kühnplatz 6/7, II. Stock, Zimmer 15 für Bäcker und I. Stock,
Zimmer 9 für Händler abzugeben. Sie erhalten über die
Gesamtzahl der abgelieferten Quittungen einen neuen Guts-
schein.
Der für den Einzelnen in Frage kommende Tag ist
folgender:
Für die Bäcker und Händler:
aus den Bezirken: Mitte, Westen und Süden:
Montag, der 4. Dezember,
aus den Bezirken: Osten und Norden:
Dienstag, der 5. Dezember.
Alle bis zu diesem Zeitpunkt nicht abgelieferten
Quittungen und Gutscheine verlieren ihre Gültigkeit.
Der Magistrat — Stadtverteilungsstelle.

**Hohe
Belohnung!**
Am Abend des 27. November 1922,
gegen 9 Uhr, sind von meinem Lagerplatz,
Dresner Straße 15,
5 Tafeln Zinblech, 1 x 2 x 12
13 Pak. Nägel, 2 1/2 Zoll
1 Stahlbandmaß
gestohlen worden.
Alle die verdächtige Personen, Hand-
lungen oder Bestrebungen zum Ver-
kauf von Gegenständen beschreiben, werden
mit angemessener Belohnung belohnt.
Für Beschaffenheit aller erwerblichen
Gegenstände wird hohe Belohnung ge-
geben.
Dahn & Radig, Baumstr. 32
Breslau 12, Kolln-Weidenstr. 32.

Jede Nähmaschine
läuft zu höchsten Preisen
Wienziers, Grübchenstr. 45.

**Leinwand-
Wäsche**
Leinwand-
Wäsche

Druckerei Volkswacht
Breslau 2, Hauptstraße 4/6.

Noch preiswert
Herrenbekleidungsartikel,
Winter-Unter,
Wäsche und Schuhe.
Abt. Bekleidungsstelle, Infanteriepl. 28

Die Volksschule als Einheitschule
Kon. Dr. Max Apel. — 2.00 Mark.

Inferate
erzielen in der
Volkswacht
den größten
Erfolg!
Motorsport Nekolla
Breslau, Michaelsstr. 20/22

Zeitungsträgerin
für die Loue
Michaels-, Hedwig- und Freifenstraße
gesucht.
Beerdigt 658.— Mark.
Expedition der „Volkswacht“, Hauptstr. 4/6

Wir helfen mit

Ihnen Ihre Weihnachtsinkäufe zu ermöglichen!

Hier bieten wir Ihnen eine enorme
Auswahl schöner Damen-Mäntel
aus guten Qualitäten in den gang-
barsten Modefarben

Serie I Mk. 6900.—
Serie II Mk. 7800.—
Serie III Mk. 8900.—
Serie IV Mk. 10750.—

Verkauf nur an Reichsdeutsche
Mengenabgabe je 1 Stück - Änderungen
an diesen Mänteln sind ausgeschlossen

Rudolf Petersdorff
Breslau, Ohlauer-Strasse 8.

Korsetts
nach Maß
aus jedem Stoff
bei mir parat.
Große Auswahl
in
fertigen Korsetts
Klein Laden
Frau Maria Günther
Neue Taschenstr. 25, hpt.
Nähe Hauptbahnhof.

Partei-Freunde
kauft an Bahnhöfen,
verlangt in Hotels,
Restaurants, Cafés
stets die
Volkswacht

Käufe
Altmetalle
Kupfer, Messing,
Zinn, Zinn, Blei
kauft zu enorm hohen
Preisen
zum Selbstverbrauch
Zusammenbau 1433
und Installationsgeschäft
Brüderstraße 34,
Breslau, im Keller.

Weltmarktpreise
für Altmetalle
Kupfer, Messing,
Zinn, Blei und Eisen
Prüfungsmittel Otto Glöckl
Eintauchstelle: Friedr.-Karlstr. 5
nur im Hofe rechts.
Genau auf die Thema achten!
Auf Wunsch freie Abholung.

Verkäufe
Apfel-Verkauf
Königsplatz 8, Hof.

Arbeitsmarkt
1 Spezialdreher
für Automobil- u. Motor-
radbau, sowie Bauhilfslocher
und Automobilmechaniker
mollen sich melden, bei
Motorsport Nekolla
Breslau, Michaelsstr. 20/22

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 30. November.

Bereinigtes Sozialdemokratisches Parteibüro.

Heute abend 8 Uhr: Erweiterter Parteivorstand im Gewerkschaftshause, Zimmer 6.

Metallarbeiter, Mitglieder der B. S. D.,

besucht alle die heute abend im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattfindende Generalversammlung.

Arbeiter-Wohlfahrts-Ausschuss.

Freitag, den 1. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, 1. Etage, Zimmer 7/8.

Monatsversammlung.

Wohlfahrtspflegerin Genossin Toni Müller hält einen Vortrag über: 'Die Einheitsfürsorge'. Alle in der Wohlfahrtspflege miltätigen Genossinnen und Genossen müssen erscheinen.

Bildungsturse.

Für Schöffen und Geschworene findet der Kursus noch statt: Freitag, den 1. Montag, den 4. und Freitag, den 8. Dezember.

Vortragender: Dr. Efsteln.

Am Dienstag, den 12. Dezember, beginnt ein auf vier Abende berechneter

Kursus für alle in den Steueraussschüssen sitzenden Genossen ebenfalls im Zwingerplatz, im Zeichencafé.

Um Sein oder Nichtsein der 'Volkswacht'.

Die Not der deutschen Presse wird täglich spürbarer. In ungeliebter Eile werden die Preise für die Rohmaterialien, die zur Herstellung einer Zeitung benötigt werden...

Das Albo Zeitungspapier, in Vorkriegszeiten etwa 20 Pf. wert, kostete in der ersten Oktoberhälfte mit 85 Mark bezahlt werden und konnte bereits in der zweiten Oktoberhälfte auf 90,50 Mark hinauf...

Die Fabrikation von Zeitungspapier liegt heute ganz in den Händen von wenigen großen Konzernen, bei denen der Schwere-Konzern den Ton angibt. Die leitenden Köpfe dieser Riesenunternehmungen unterhalten sich ganz offen über ihre Absicht, durch das Emporkriechen der Preise die Linkspresse zu erdrücken...

Die Macht des Staates hat bisher gegenüber diesen kapitalistischen Konzernen vollkommen versagt. Ob es ihr gelingt, der Spekulation mit dem Schicksal der deutschen Presse Einhalt zu gebieten...

So schwer es wird, müssen wir unsere Leser und Freunde bitten, gerade jetzt sich der alten Lösung der Partei zu erinnern, die sich in allen Kämpfen bewährt hat...

'Nun erst recht! Wir lassen uns unser Parteiblatt nicht rauben. Wir wollen alles aufbieten, um der Arbeiterschaft ihr politisches Kampforgan in voller Stärke zu erhalten und es auszubauen!'

Die Frage stellen, heißt sie beantworten! Wir sind überzeugt, daß die Genossen in ihrem Eifer für die Parteipresse nur bestärkt werden und daß sie auch im Dezember dafür sorgen...

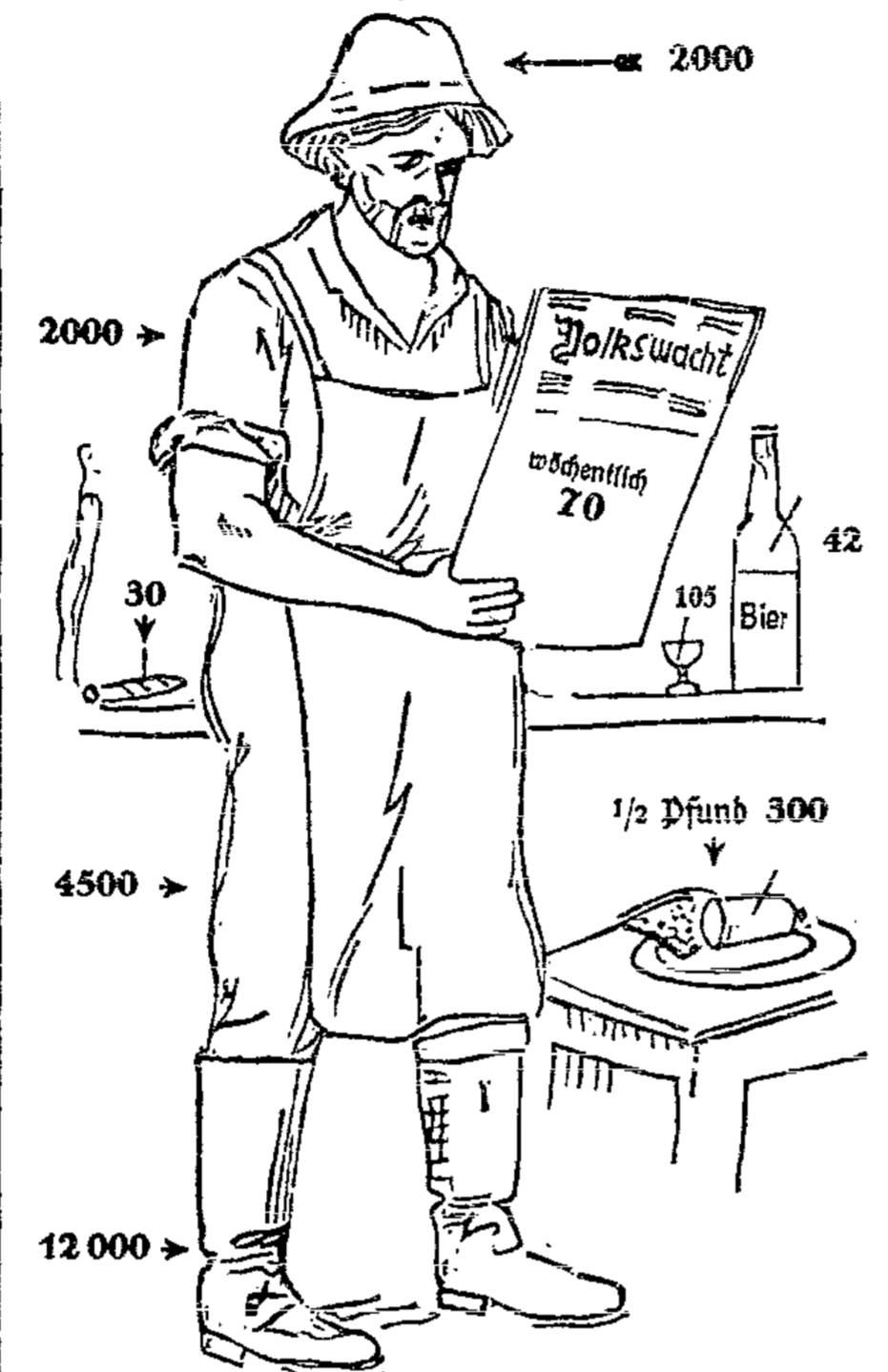
Hausbesitzer und Magistrat.

Eine Demonstration von Hausbesitzern fand am Mittwoch mittag auf dem Ringe und im unteren Remter des Rathauses statt. Einer Anordnung, die beim Oberbürgermeister vorgetragen wurde...

Zur Förderung der städtischen Notstandsaktion fand dieser Tage eine Besprechung zwischen Vertretern des Magistrats und einzelner hiesiger Großfirmen statt...

und Petersdorff 1 Prozent ihres November- und Dezembergehaltes und die Firmenträger noch einmal die gleiche Summe zur Verfügung gestellt haben.

Trotz neuer Preiserhöhung



bleibt die 'Volkswacht' von allem, was der Arbeiter braucht, am billigsten!

Der Kampf gegen die weltliche Schule.

Unsere Gegner sind auf dem Plan. Von der 'Schlesischen Zeitung' bis zum 'Generalanzeiger', vom Magistratsbezirkt bis zum kleinsten Behördenbedenkt man uns reichlich mit Angriffen und Unfreundlichkeiten.

Ausführung in das Volk hineingetragen wird, wenn die Massen die Entziehung der arbeitenden Klassen nicht mehr als göttliche Ordnung anerkennen wollen?

Die Jugend im Geiste der Freiheit und Wahrheit erziehen wollen? Die heilige kapitalistische Ordnung gerät ins Wanken, wenn die konfessionelle Schule bedroht ist...

Wer meldet sich nicht zur weltlichen Schule an? Wer sich im September in der Posener- oder Waterloostraße gemeldet hat...

Wer meldet sich nicht zur weltlichen Schule an? Wer sich im September in der Posener- oder Waterloostraße gemeldet hat...

Gemeindegewerkschaftsbesitzer und Gesellenaussschuhmitglieder Freitag, den 1. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Zimmer 8 des Gewerkschaftshauses, gemeinsame Sitzung.

Wegen Kettenhandels und ähnlicher Vergehen wurden verurteilt: Der Arbeiter Gustav Hauffe...

2000 Mark über den Schuhmachermeister Theodor Adam, Deisnerstraße 6, und von 1500 Mark über den Kaufmann Heinrich Dresdner...

Die neuen Buchdruckerlöhne.

Vom Buchdrucker-Verband, Verwaltung Breslau, wird uns geschrieben: Die neu festgelegten Lohnzulagen vom 2. bis 15. Dezember betragen: in Klasse C, verheiratet 3473 Mt., ledig 3336 Mt., Klasse B, verheiratet 3307-Mt., ledig 3170-Mt., Klasse A, verheiratet 3040-Mt., ledig 2902-Mt.

Für Angehörige des Graphischen Gewerbes findet Sonntag, den 3. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr, im Kino des Nordens, Fürstenstraße 32, eine Wohltätigkeits-Vorstellung statt...

Amlicher Wetterbericht. Eine kurze niedrigen Druckes erstreckt sich von Finnland bis nach Ungarn, während der Luftdruck im Südwesten am höchsten ist.

Die Wahl der Schöffen für 1923 erfolgte am Donnerstag voriger Woche zum ersten Male auf Grund des abgeänderten Gerichtsverfassungsgesetzes.

Die Schonzeit für Dachs beginnt im Regierungsbezirk Breslau am 18. Dezember, die Schonzeit für Birk-, Hasel- und Najaehennen am 18. Januar.

Der Weiberverband der Breslauer Damenkonfektion hat dieser Tage Verhandlungen mit dem Finanzamt Breslau über die Einkommensteueranmeldung geführt.

Schauspielhaus.

'Der König von Montmartre.'

Operette in 2 Akten von Denn Spranklin. Musik von Vada Ennem.

In einem Pariser Apachenkeller führt uns der ein wenig wüste erste Akt, wo wir die Vertreter der Räuber- und Begehrerzeit des Seinerbabeis kennen lernen...

Ben Akiba scheint bei der Operette recht zu behalten. Mit Requisiten wie Pistole, Dolch und Handschellen geht die Handlung hart am Rind vorbei.

Die Musik beweist keine Einförmigkeit in die Begebenheiten und berührt angenehm: Emmy Curs hatte als Odetta stimmlich wie das besterhaltenen ihren guten Tag.

Hühneraugen Ausroll. Hornhaut, Schwielen u. Wagnen. sicher u. schmerzlos. In Apotheken u. Drogerien erhältlich.

Wasserfugige. Specksalz, essig, giftig, feinst gerollt. Lieferung, Aufstellung u. Reparatur weiß, Item u. bez mit wüßig.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Führende Häuser des Breslauer Großhandels (2. Fortsetzung)

ERNST SPRUNG

Herrenhut-Großhandlung
Telephon Ring Nr. 9045 BRESLAU Kaiser-Wilhelm-Straße 39

Louis Silberstein

Breslau 8, Freiburger Straße Nr. 36
Stroh- und Filzhutfabrik

Siegmund Blaschke

Leder-Großhandlung Breslau 7, Höfchenstr. 84 Telephon Ring 2537 und 5993

Maschler & Klarenmeyer

Pelzwaren — Sportpelze — Damenpelze — Pelz-Kragen und Muffen — Pelzbesätze
Breslau 1, Karlstraße 32 • Telephon Amt Ring Nr. 10560



Richard Busch & Co., G. m. b. H.
Breslau III, Freiburger Straße 22, Fernsprecher Ring 11696
„LIGA“-Gummi-Sohlen, Gummi-Absätze

Goldner & Altmann

Breslau Berlin
Karlstraße 36 Kaiser-Wilhelm Straße 44
Tücher / Wollwaren
Decken / Trikotagen
Engros Export

Schlesische Ein- u. Verkaufs-Gesellschaft für Fleischerei-Produkte m. b. H.

Breslau 6 Gewürze
Telephon Ring 1179 BRESLAU 6 Nikolaistadtgraben 18

Sandberg, Schottlaender & Co.

Herren- und Knaben-Kleider-Fabrik
Telephon Ring 2529 BRESLAU Graupenstraße 2/4

Arnold Weiß

Strumpfwaren Trikotagen Seidenbänder
Fernsprecher: Ohle 6268 Breslau 1 Schweidnitzer Straße 43b

Gebr. Lippmann & Cohn • Breslau

Herrenkleider-Fabrik • Tuchgroßhandlung
Karlstraße Nr. 80 Telephon Ring 3540

Abramsohn & Lippstädt

Herrenkleiderfabrik

BRESLAU I
Reuschestraße 20/21
Fernsprecher Ring 9018 • Telegramm-Adr.: Afb

Jedes Buch und alle Zeitschriften

besorgt die

Volkswacht-Buchhandlung
Breslau 3, Neue Graupenstraße 5

Julius Löwy, Breslau I

Stroh- und Filzhut-Fabrik

BRESLAU I
Reuschestraße 47/48 • Fernsprecher 10767

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Masterschutz. G. Ohse Gew. f. r.

Abfahrt Odertor-Bahnhof Ankunft

Richtung Oels.

Oels 4 1/2 W 6 1/2 Sonnabends
Freyhan 5 1/2 5 1/2 9 1/2
Czieslau (Lubinitz) 6 1/2 10 1/2 3 1/2 6 1/2
Militz Sonnabends 5 1/2
Krenzburg 1 1/2
Rosenberg 1 1/2 6 1/2

Vorortung:

Hundsfeld 1 1/2 W an Schultagen 3 1/2 W

Richtung Trebnitz.

6 1/2 11 1/2 7 1/2 11 1/2

Richtung Leskowitz - Beckern über Schottwitz

4 1/2 2 1/2 7 1/2

Abfahrt Kleinbahn Ankunft

Breslau — Trebnitz — Prausnitz.

Prausnitz 7 1/2 6 1/2

Hochkirch 10 1/2

Trebnitz 2 1/2 11 1/2 Mittw., Sonnt. u. Festtags

Wiese Sonntags 3 1/2

* Beschleunigter Personenzug 2.—4. Klasse.

Richtung Oels.

Namslau 7 1/2 Sonntags

Oels 5 1/2 W 7 1/2 5 1/2 Sonnabends

Freyhan 8 1/2 11 1/2 11 1/2

Czieslau (Lubinitz) 9 1/2 2 1/2 5 1/2 11 1/2

Militz 10 1/2 Sonnabends

Rosenberg 7 1/2 8 1/2

Vorortung:

Hundsfeld 6 1/2 W 3 1/2 W an Schultagen 4 1/2 W

Richtung Trebnitz.

5 1/2 9 1/2 1 1/2 9 1/2

Richtung Leskowitz - Beckern über Schottwitz

7 1/2 5 1/2 10 1/2

Reserviert

für
B. Perl junior, Nachfolger

Für Massenaufgaben von Drucksachen

Rotationsdruck

größte 64seitige Maschine im Osten

Volkswacht-Buchdruckerei

Breslau 2, Flurstraße 4-6

Goldstein & Aronsohn

Fabrikation von Blusen und Kleidern

BRESLAU I

Telephon Amt Ring 3784

Schweidnitzer Straße Nr. 43b, Eingang Hummerei

M. Berger & Co.

Strumpfwaren - Ausrüstung

Chemnitz KÖln Bitburg (Eifel)
Einkaufshaus Lager, Passage 33 Strickerei
Ständiges Lager: BRESLAU, Neudorfstraße 11, Telephon Nr. 7263

Max Cohn & Co., Breslau

Kurzwaren — Garne — Knöpfe
Neue Weltgasse 6/10 — Fernsprecher Ring 6544 und 6545

H. L. Günther

Gegründet 1826

Speidition — Speicherei

Sammelverkehre

Speicher mit Gleisanschluss

Breslau 6, Friedrich-Wilhelm-Straße 3

Nothmann & Jacob, Breslau

Wallstraße 11 — Nikolaistraße 10/11 — Fernsprecher Ring 2868
Haus- und Küchengeräte-Großhandlung — Glas — Porzellan — Steingutwaren

Wäschefabrik Silesia

Fritz und Georg Kitzki, Breslau, Teichstraße 24 (in der Nähe der Gartenstraße)
Sport- und Oberhemden nur eigener Fabrikation

H. Windmüller

Breslau I Schloßble 11
Telephon Ring 5377 Gegründet 1874

Spezialgeschäft
für Seiler- und Wagenbänder

Heimann & Seidenberg

Herren- und Knaben-Kleider-Fabrik
Telephon Ring 1807 u. 6160 Breslau 6 Graupenstraße 6/12

J. Schlamme & Co.

Herren- und Knaben-Kleider-Fabrik
Breslau I — Schweidnitzer Straße 31 — Telephon Ring 1515 — Gegründet 1880

Georg Brinnitzer

Herren- und Knaben-Kleider-Fabrik
Breslau, Reuschestraße 16/17, Telephon Ring 449

Brauer & Schwartz, Breslau

Reuschestraße 20/21 / Fernsprecher Ring 5480
Wäsche- und Schürzen-Fabrikation

Hermann Kalischer

Tuchgroßhandlung
Breslau, Karlsplatz 4 — Telephon Ring 1765

Josef Salomon • Strumpffabrik

Woll- und Trikotagen-Großhandlung
Berlin C Breslau Apolda
Lützenstr. 58/59 Dessauerstr. 1, Telephon Ring 5641 Alexanderstr. 23

Marek & Co.

Inhaber: Theodor Marek
BRESLAU 10, Bellafelstraße Nr. 15
Fernsprecher: Amt Ring 5034
Ärztliche Artikel, Verbandstoffe, Gummiwaren
Chirurgische Instrumente, Krankenhausartikel

Herbert Hamburger, Breslau 1

Herren-Kleiderfabrik • Tuch-Großhandlung
Reuschestraße 47/48 Reuschestraße 47/48

Reserviert

Ball, Bromberger & Co.

Breslau 1, Schweidnitzer Straße 31 • Telephon: Amt Ohle 378
Nosenfabrik Spezialität: Breeches

Dallmann & Seidenberg

Breslau I, Graupenstraße 6-10
Tabakwaren, Zigarren- und Zigarettenfabrikation

Sandberg, Sperling & Singer

Herren- und Knaben-Kleider-Fabrik
Schweidnitzer Straße Nr. 15/16, Eingang Kupferstraße 41 • Telephon Amt Ohle Nr. 1167

Max Jacobowitz

Schulz-Leder en gros
Freiburger Straße Nr. 24